

VON LENA KAMPF

Sie ist wieder zurück in Berlin, wo sie sich sicher fühlt. Auf einer Party versucht Laura Poitras unterzutauchen in der Menge. Freunde, Aktivistinnen, Hacker, Künstler sind da. Was die Menschen in diesem Raum eint, ist der Wille, ihre Freiheit und Würde im Netz zurückzuerobert. „Wo ist Laura, wo ist Laura?“, ruft der Gastgeber durch den Raum. „Zeig dich!“ Klatschen. Laura Poitras, groß, schwarze Locken, schwarze Bluse, sitzt ganz hinten, am Rand. Sie steht zögernd auf. Der Applaus wird lauter. Sie lächelt schüchtern, und setzt sich schnell wieder auf ihren Platz.

Sie will kein Star sein, keine Heldin, und ist es dennoch für alle hier. Sie will sich nicht feiern lassen, verdankt sie ihren Erfolg doch jemandem, der viel größere Risiken eingegangen ist als sie. Edward Snowden hat sein Leben aufs Spiel gesetzt, damit sie berichten kann, so sieht sie es.

Aber Poitras, 50, hat es gewagt, sein Archiv entgegenzunehmen und auszuwerten. Festplatten mit unzähligen Top-Secret-Dokumenten des amerikanischen Auslandsgeheimdiensts NSA. Die Dokumente belegen, dass der Krieg gegen den Terror zu einem Krieg gegen die Freiheit geworden ist. Dass die US-Regierung und ihre Helfer willkürlich sammeln, speichern, mit den Daten ihre Drohnen füttern, damit töten.

Laura Poitras hat in den vergangenen Monaten die Verstrickung von staatlicher und privater Kontrollmacht veröffentlicht. Sie hat mit ihren Videos von Snowden aus Hongkong Zeugnis von einem Mann abgelegt, dessen Mut die Welt berührt hat.

Ein Fluch. Wer das Netz sichtbar macht, mit dem überall und immer unsere Daten abgefangen werden, verheddert sich selbst darin. Was macht das mit einem Leben? Seit Hongkong ist Poitras noch vorsichtiger geworden. Was genau sie für ihre Sicherheit tut, soll keiner wissen. Aber was kann das auch sein, wenn man, wie sie, davon ausgeht, dass alle Kontakte, alle Beziehungen analysiert werden? Ausgerechnet Poitras muss jetzt den Gedanken ertragen, auf absehbare Zeit überwacht zu werden. Sie ist eine Frau geworden, die um Privatheit ringt.

Gespräche mit ihr finden unter klaren Absprachen statt: Es soll nichts Persönliches über sie berichtet werden. Aus Sicherheitsgründen. Aber auch, weil es sie befremdet, als Berichterstatin Objekt von Berichterstattung zu werden. Die Autorin durfte Laura Poitras jedoch von Berlin über Frankfurt nach New York begleiten. Als Schutz. Und um zu zeigen, welche Folgen ihre Arbeit für die Dokumentarfilmerin hat. Denn zurückzukehren ist jetzt ein Wagnis: In den USA wird gegen Snowden wegen Spionage ermittelt. Und auch Poitras, die ihm half, seine Geheimnisse zu verraten, fürchtet ihr eigenes Land.

In die USA zurückzukehren ist ein Wagnis: Laura Poitras fürchtet ihr Land nach dem NSA-Skandal

Die Vereinigten Staaten, sagt Poitras, my home. Und man wählt sie für diese Heimat sehr düstere Worte: unbarmherzig. Brutal. Gesetzlos. Ich weiß, irgendwo in einem Verwaltungsgebäude in Washington DC sitzen Menschen, die darüber nachdenken, wie sie uns stoppen können, sagt sie.

Poitras lebt in Berlin. Im Exil, auf eine Art. Bereits im Herbst 2012 hatte sie dort ein kleines Atelier angemietet, um an ihrem Film über Überwachung zu arbeiten. Sie hat die NSA-Whistleblower William Binney und Thomas Drake interviewt, den WikiLeaks Gründer Julian Assange. Staatsfeinde. In New York, meint sie, hätte sie ihre Quellen nicht schützen können, ihr Material nicht vor dem Zugriff der Behörden.

Seit Jahren, mindestens 40 Mal, ist Poitras bei der Einreise in die USA abgeführt und befragt worden, ihre Computer, Kameras und Mobiltelefone wurden beschlagnahmt, ihre Speicherkarten kopiert. Ohne

Verdacht, ohne Durchsuchungsbefehl. Wohl aufgrund ihrer kritischen Filme über den War on Terror – warum genau sie auf der sogenannten No-Fly-List gelandet ist, haben die Behörden nie offengelegt.

All das, vor Snowden. Ob jetzt auch gegen sie ermittelt wird, wurde ihr nicht einmal mitgeteilt. Poitras fürchtet, dass versucht werden könnte, sie zu zwingen, Aussagen gegen Snowden zu machen. Oder gar seine Dokumente herauszugeben. Eher gehe ich ins Gefängnis, sagt sie. Und mit derselben stillen Entschlossenheit: Ich will mich nicht von der Angst lähmen lassen.

Mitte April sitzt Laura Poitras daher auf der Rückbank im Auto eines Freundes. Neben ihr Glenn Greenwald. Es ist noch dunkel draußen, vier Uhr. Sie sind auf dem Weg zum Flughafen Tegel.

Greenwald ist aus Brasilien angereist, wo er seit 2005 wohnt. In Berlin hat er am Abend zuvor eine Rede gehalten. Ein Tabakkonzern, ein Preis für Pressefreiheit, der Abend glamourös, Greenwalds Botschaft kurz: Asyl für Snowden. Vor der Hauptstadt-prominenz prangerte er die Drohkulisse seiner Regierung an. Sie haben uns Kriminelle genannt, Diebe, Edward Snowdens Komplizen. Hochrangige Beamte aus Obamas Regierung fordern Ermittlungsverfahren gegen uns. Wir werden uns davon nicht einschüchtern lassen.

Als Greenwald auf Snowdens verschlüsselte E-Mails nicht reagierte, schrieb er Laura Poitras

Greenwald liebt die Konfrontation. Liebt die Rolle des Kämpfers, auch gegen etablierte Medien, die er als kastriert, impotent und überflüssig beschimpft, weil sie seiner Meinung nach kuschelige Beziehungen zur Regierung pflegen. Die Sprecherin des Tabakkonzerns lobt ihn als „unseren Posterboy für Pressefreiheit“.

Laura Poitras hat währenddessen in ihrem Atelier versucht, eine Szene ihres Films über Überwachung zu Ende zu schneiden. Sie überlässt den großen Auftritt Greenwald, auch die Fürsprache für Snowden. Sie ist nicht so, ja: wütend wie Greenwald. Eher ergriffen. Und dem, wofür Snowden alles auf Spiel gesetzt hat, verpflichtet. Ich muss weiter berichten, egal was passiert, sagt sie.

Poitras und Greenwald sind mehr als Kollegen, mehr als Freunde. Am ehesten: eine Schicksalsgemeinschaft. Zwei Outsider, von Snowden auserkoren. Der Whistleblower hat sich dafür entschieden, nicht an große Verlage heranzutreten, er fürchtete, dass diese Zugeständnisse machen würden die die Obama-Regierung. Greenwald und Poitras waren seit Jahren die schärfsten Kritiker von Überwachung.

Als Greenwald auf Snowdens verschlüsselte E-Mails nicht reagierte, schrieb er Laura Poitras. Die arbeitete da gerade am dritten Teil ihrer Trilogie über den War on Terror. 2004 hat sie in Bagdad das Leben einer Familie dokumentiert, „My country, my country“ erschien 2006, der Film wurde für einen Oscar nominiert. Für „The Oath“ porträtierte Poitras den ehemaligen Bodyguard Bin Ladens in Jemen und seinen Schwager in Guantanamo. Der dritte Film spielt in den USA. An der Heimatfront. Wo der Krieg gegen die eigene Bevölkerung geführt wird. Im Überwachungsstaat.

Sie hat alles zusammengehalten, sagt Glenn Greenwald. Poitras war es, die die Begegnung mit Snowden orchestrierte, die Sorge trug, dass alles sicher war: keine Handys, verschiedene Computer, verschlüsselte E-Mails und Festplatten.

Im Auto auf dem Weg zum Flughafen hält der Fahrer kurz am Bordstein in der Lehrter Straße und zeigt aus dem Fenster. An einem Haus hängt ein Plakat vom Balkon. „Zimmer frei für Snowden“ steht darauf. Und: „Held“. In Tegel warten noch mehr Freunde, es gibt Küsse, Tränen. Dann gehen Greenwald und Poitras durch die Sicherheitsschleuse. Berlin verschwindet unter den Wolken, ein roter Lichtstreifen darüber.

Heldin wider Willen

Edward Snowden hat sie als öffentliches Sprachrohr gewählt, nun ringt die Dokumentarfilmerin Laura Poitras um Privatheit



Der Wille, die Freiheit zurückzuerobern – im Netz und in ihrem Leben: Laura Poitras. FOTO: CHARLES SYKES/INVISION/DDP IMAGES

Was ist das für ein Land, das sie erwartet? Eines, in dem diejenigen verfolgt werden, die Missstände aufdecken, Straftaten graf, wie Snowden. Nicht diejenigen, die sie begangen haben. Politische Folgen hatten die Enthüllungen bisher nicht. Dafür hat Obama in seiner Amtszeit bereits sieben Whistleblower nach dem Spionagesgesetz verfolgt, darunter die Soldatin Chelsea Manning, die Wikileaks Material zugespielt hatte, und Ex-CIA John Kiriakou, der die Folterpraxis Waterboarding offenbarte.

Bekämpfung von Transparenz. Von Widerspruch. Wer für Freiheit und das Recht auf Privatsphäre kämpft, macht sich ohnehin verdächtig. Seit Snowden herrscht ein Klima der Angst unter Journalisten, sagt Poitras. New York Times-Kollege James Risen ist in einem langwierigen Prozess gefangen, in dem er gezwungen werden soll, eine Quelle offenzulegen.

Dabei kann die Kontrolltechnik längst das Recht umgehen, auch das hat Poitras' Arbeit der vergangenen Monate gezeigt. Die Geheimgesetze haben den Geheimdienst ohnehin einen Blankoscheck ausgestellt. Aber wenn Quellenschutz nicht mehr besteht, wie ist journalistisches Arbeiten dann überhaupt noch möglich? Flughafen Frankfurt, Terminal 1. Auf dem Weg zu Gate B46 ist jeder ein Agent. Der Mann im Fahrstuhl, die Frau, die auf der Rolltreppe so nah hinter ihnen steht? Dann stellt sich ein schmächtiger Mann im Anzug zu ihnen. Es ist ihr Anwalt. Die US-Bürgerrechtsorganisation ACLU hat Patrick Toomey nach Frankfurt entsandt, um den Grenzübertritt zu begleiten. Die drei setzen sich in die Wartehalle, um ihre Strategie zu besprechen. Bleiben alle zusammen, wenn es zu einem Verhör kommt? Wer muss als Erstes informiert werden?

Sie haben das schon einmal hinter sich: Greenwalds Ehemann David Miranda wurde im August neun Stunden lang am Flughafen London-Heathrow vernommen. Wie ein Terrorist. Verdachtsunabhängig. Rechtmäßig, beschloss gerade ein Gericht.

Plötzlich schallt Poitras' Name über den Lautsprecher. Sie zuckt zusammen. Wer es das schon? Kann es sein, dass die Reise hier bereits endet? Irgendwas mit meiner Kreditkarte, murmelt sie, als sie vom Check-in-Tresen zurückkommt.

Sie sagt: Ich habe mich nie daran gewöhnt. Von bewaffneten Polizisten am Flugzeug abgeholt zu werden, besonders, wenn sie mit Freunden reiste. Einmal durfte sie während einer stundenlangen Befragung nicht einmal Notizen machen. Ihr Stift hätte als Waffe benutzt werden können, sagte der Beamte. Und dass sie nicht bereit sei, ihrer Regierung zu helfen, sei sehr verdächtig. Kafkaesk nennt sie die Situationen.

Das Flugzeug hebt leicht verspätet ab. Flug SQ26, das Ziel: John F. Kennedy Airport, New York. Poitras liest, Greenwald schläft. Vor einem Jahr, auf dem Flug nach Hongkong, setzten sie sich immer wieder

zusammen und sind völlig zu Recht beschwingt. Vor Gericht stand auch die Sorgfalt, mit der die Länder das Gesetz schufen. Geuer gratuliert ihnen. Auf die Frage, wie es ihm gehe, antwortet er druckreif: „Ich hätte mir gerade wahrscheinlich gewünscht, weil ich glaube, dass wir als Antragsteller schon gute Argumente für die Verfassungsverletzung des Beitrags hatten. Denen ist das Gericht in diesem Fall leider nicht gefolgt. Daher ist natürlich ein gewisses Gefühl von Enttäuschung vorhanden. Nichtsdestotrotz war es auf jeden Fall richtig, es hier zu versuchen.“ Und irgendwann werde die Sache doch vor dem Bundesverfassungsgericht landen. Holger Jacob steht neben ihm, er ist der Anwalt von Rossmann. Jacob sagt, „wir sehen ein großes Gerechtigkeitsdefizit“ durch den Beitrag. Rossmann wolle prüfen, ob man den parallel zur Populärklage eingeschlagenen Weg durch die Instanzen nach Karlsruhe fortführe. Mit anderen Worten: ob sich das noch lohnt.

Zwei ältere Damen im Saal belagern Geuer, sie wollen Hilfe und sie wollen nicht hinnehmen, dass sie die 17,98 Euro im Monat wirklich zahlen müssen, obwohl sie keinen Fernseher besitzen. Dass das rechtens ist, ebenso wie die Beitragspflicht nach Mitarbeiterzahl und für Dienstautos, hat das Gericht ja gerade eben erklärt. Den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, das wurde deutlich, halten die Verfassungsrichter in München für ein hohes, schützenswertes Gut.

Die letzte Runde wird am Bundesverfassungsgericht ausgefochten. Mit dem Ziel klagt sich auch der Autovermieter Sixt gerade durch die Instanzen. Sixt teilt auf Anfrage mit, trotz der Urteile dieser Woche weiterzumachen. CLAUDIA TIESCHKY

aufgeregt zusammen. Greenwald sah einige der Dokumente durch, die Snowden Poitras geschickt hatte. Er entdeckte den Verizon-Gerichtsbeschluss. Die NSA zwang den Telekommunikationsanbieter, seine Kundendaten weiterzugeben. Es würde ihre erste Enthüllung aus Hongkong werden.

Das Archiv haben sie jetzt nicht dabei. Eine Art Lebensversicherung, hat Greenwald das zynisch kommentiert. Erst ein Bruchteil der Dokumente ist bisher ausgewertet, einiges darunter, das nie veröffentlicht werden wird. Weil es nicht von öffentlichem Interesse ist, sagt Poitras. Zum Beispiel die Namen niedriger Angestellter der NSA. Das ist ihre Linie. Snowdens Linie, sagt sie.

Es ist bewölkt in New York. 16 Grad Celsius, 61 Grad Fahrenheit, sagt der Pilot. Das Flugzeug streift Manhattans Lufttraum. Mit ihrer Kamera hat Poitras sich im Herbst 2001 an den Abgrund gestellt, der sich nach 9/11 mitten in Manhattan aufatet. Sie richtete das Objektiv nicht auf die Zerstörung, sondern in die Gesichter der Menschen. Poitras hat in minutenlangen Aufnahmen eine Mimik des Entsetzens eingefangen. Des Ringens um Fassung. Um Antworten. Der Film ist ein Blick in die tiefe, noch offene Wunde der Nation. Ihr Weg, auch die eigenen Gefühle auszudrücken, für die sie keine Worte fand. Das Land hätte damals einen anderen Weg nehmen können, sagt Poitras. Aber es hat sich von Angst leiten lassen.

Die Stewardess lässt sie schon Minuten vor dem Ankoppeln an die Tür. Greenwald und Poitras schweigen. Es ist alles besprochen. Die Tür fährt aus. Draußen, im Tunnel stehen bloß zwei Arbeiter in Warnwesten. „Auf in die red zone“, witzelt Greenwald. Schnell laufen sie durch die Empfangshalle. Es ist ungewöhnlich still und leer. Als würden wir aus Tausenden Kameras beobachtet, flüstert Poitras. Ein Panoptikum.

Der Beamte schaut auf den Zettel. Schaut in ihr Gesicht. Dann nickt er bloß. Laura Poitras darf rein

Die Passkontrolle ist automatisiert. Poitras zieht ihren Pass durch einen Scanner. Auf dem Bildschirm erscheint nichts Auffälliges. Sie greift nach dem Bon, der aus dem Automaten kommt, und geht damit zu dem Beamten hinter der Scheibe. Der schaut auf den Zettel. Schaut in ihr Gesicht. Dann nickt er bloß. Keine Fragen. Dieses Mal nicht.

Dahinter, endlich, das andere Amerika: Freunde, Kollegen, Unterstützer. Zwei Journalistenpreise, darunter der Pulitzer. Das Tribeca-Filmfest, ihr Atelier. Acht Tage war sie in New York. Manchmal hat sie dabei fast vergessen, dass sie jeden Moment kommen könnten.

Alles nur Wahn, also? Sie haben noch nicht die richtigen Argumente gefunden, sagt Poitras, zurück in Berlin. Gerade ist das juristische Gutachten bekannt geworden, das die Bundesregierung bestellt hatte. Selbst Parlamentarier könnten nach amerikanischem Gesetz strafrechtlich verfolgt werden, sollten sie Snowden befragen, heißt es darin. Wirklich, alles nur Wahn?

Poitras beobachtet das Berliner Gezerre um den Zeugen nur am Rande. Das Erlebnis, von Snowden ins Vertrauen gezogen zu werden, hat Poitras zutiefst berührt. Verantwortung für ein Leben. Nachhaltiger als Hauptstadt-Hickhack. Ein Schockzustand, sagt sie.

Im Herbst wird ihr Film fertig sein. Für Poitras ist Snowden keine Enthüllungsschicht. Sie will ihn schützen, auch mit diesem Film. Ein Film über Menschen, die ihr Leben riskieren, um Machtmissbrauch offenzulegen. Denn: Welche Argumente auch immer die US-Regierung finden wird, welche Geschichte sie schreiben wird über die „Verräter“, am Ende wird es, sagt sie, den Film geben, der die ganze Geschichte erzählt. Unumstößlich und unangreifbar.

Bist du bereit?, hatte Edward Snowden sie in seiner ersten E-Mails gefragt. Ein Auftrag. Ein Versprechen. Noch hält der Schockzustand an.

Loyale Leser

Trotz Preiserhöhung verliert die „Abendzeitung“ nur moderat

Während die Suche nach einem Interessenten für die *Abendzeitung* nur langsam vorangeht, halten die Leser der Münchner Boulevardzeitung größtenteils die Treue. Nach der Preiserhöhung um 66 Prozent ist der Verkauf vornehmlich nicht alarmierend zurückgegangen: Zwischen der Einführung der neuen Preise am 28. April und dem 11. Mai verzeichnete die AZ im Vergleich zum Vorjahreszeitraum im Einzelverkauf offenbar nur ein Minus von zehn Prozent. Im Bahnhofsbuchhandel soll die Anhebung von 60 Cent auf einen Euro während der Woche und von 80 Cent auf 1,20 Euro am Samstag bislang keine Auswirkungen gehabt haben. Der Boulevardmarkt gilt als besonders preisempfindlich.

Mitbewerber Ippen, der die tz herausbringt und an der AZ interessiert sein soll, hat die Preiserhöhung sicher genau verfolgt: Er will von Montag an den Preis für sein eigenes Boulevardblatt wochentags von 60 auf 80 Cent und am Samstag von 80 Cent auf einen Euro erhöhen. Bei der *Abendzeitung* ist intern von einem „deutlichen Plus“ bei den Vertriebslösungen die Rede. *Bild* und *tz* profitierten dabei anscheinend nicht vom Verkaufsrückgang der AZ.

Mehr Vertriebslösungen kann die *Abendzeitung* gut gebrauchen, da sie über das Ende des vorläufigen Insolvenzverfahrens am 31. Mai hinaus auch im Juni ohne neuen Eigentümer erscheinen soll. Wie es heißt, ist ein Vertragsabschluss in den nächsten zwei Wochen mit einem möglichen Käufer wegen Klärungsbedarfs bei Kartellrecht, Betriebsrat und Markenrecht eher unwahrscheinlich. Um Löhne, Vertrieb und Druck im Juni aus eigener Kraft finanzieren zu können, soll der Redaktionsetat deutlich gekürzt worden sein. FROM, TYC

Auf Wiedersehen in Karlsruhe

Nach Rheinland-Pfalz stärkt auch Bayern die Rundfunkbeitragspflicht

Für Ermano Geuer, 29, ist es der bisher bedeutendste Tag seiner Juristenkarriere, doch nach nicht mal einer Minute weiß Geuer, dass er verloren hat. Um 10.01 Uhr hat Karl Huber, Präsident des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs, am Donnerstag klar gestellt, dass es auch in München nicht den von den Kritikern erhofften großen Knall geben wird bei der umstrittenen Rundfunkabgabe – nicht mal ein Knällchen brachte die Prüfung, ob das Rundfunkgesetz der Verfassung des Freistaats entspricht.

Das Gesetz hält. Die Richter haben die Popularklagen Geuers und des Großdrogisten Rossmann abgewiesen. Zwei Tage zuvor hat das Verfassungsgericht Rheinland-Pfalz ähnlich klar das Gesetz gestützt, das

seit 2013 die pauschale Rundfunkabgabe vorschreibt. Es ist es immer noch möglich, dass eine spätere Prüfung durch das Bundesverfassungsgericht zu einem anderen Ergebnis führt. Aber es ist in dieser Woche nicht gerade wahrscheinlich geworden.

Geuer, der in dunkelgrauer Lodenjacke erscheint, über die er die Anwaltsrobe zieht, hat die Klage noch während seiner Zeit als Mitarbeiter an der Universität Passau auf den Weg gebracht. Ihn reizte die juristische Herausforderung, aber er hat auch unter großer öffentlicher Anteilnahme so etwas wie die Leuchtrakete des Protests gezündet. Die ist jetzt abgebrannt.

Nach dem Urteil stehen die Vertreter von ARD, ZDF und Bayerischer Staatsregierung

zusammen und sind völlig zu Recht beschwingt. Vor Gericht stand auch die Sorgfalt, mit der die Länder das Gesetz schufen. Geuer gratuliert ihnen. Auf die Frage, wie es ihm gehe, antwortet er druckreif: „Ich hätte mir gerade wahrscheinlich gewünscht, weil ich glaube, dass wir als Antragsteller schon gute Argumente für die Verfassungsverletzung des Beitrags hatten. Denen ist das Gericht in diesem Fall leider nicht gefolgt. Daher ist natürlich ein gewisses Gefühl von Enttäuschung vorhanden. Nichtsdestotrotz war es auf jeden Fall richtig, es hier zu versuchen.“ Und irgendwann werde die Sache doch vor dem Bundesverfassungsgericht landen. Holger Jacob steht neben ihm, er ist der Anwalt von Rossmann. Jacob sagt, „wir sehen ein großes Gerechtigkeitsdefizit“ durch den Beitrag. Rossmann wolle prüfen, ob man den parallel zur Populärklage eingeschlagenen Weg durch die Instanzen nach Karlsruhe fortführe. Mit anderen Worten: ob sich das noch lohnt.

Zwei ältere Damen im Saal belagern Geuer, sie wollen Hilfe und sie wollen nicht hinnehmen, dass sie die 17,98 Euro im Monat wirklich zahlen müssen, obwohl sie keinen Fernseher besitzen. Dass das rechtens ist, ebenso wie die Beitragspflicht nach Mitarbeiterzahl und für Dienstautos, hat das Gericht ja gerade eben erklärt. Den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, das wurde deutlich, halten die Verfassungsrichter in München für ein hohes, schützenswertes Gut.

Die letzte Runde wird am Bundesverfassungsgericht ausgefochten. Mit dem Ziel klagt sich auch der Autovermieter Sixt gerade durch die Instanzen. Sixt teilt auf Anfrage mit, trotz der Urteile dieser Woche weiterzumachen. CLAUDIA TIESCHKY

Präsent für alle

Dean Baquet wird „New York Times“-Chef

Dean Baquet war schon einmal so etwas wie ein Held für die amerikanische Zeitungsbranche. Am 8. November 2006 hatte ihn sein damaliger Arbeitgeber, die *Los Angeles Times*, vor die Tür gesetzt, weil er sich als Chefredakteur radikalen Sparmaßnahmen in der Redaktion widersetzt und seinen Widerstand auch noch öffentlich gemacht hatte. Durch solche Kürzungen werde der „öffentliche Auftrag“ der Presse gefährdet, sagte Baquet in einer viel beachteten Rede in New Orleans. Und dass es Aufgabe von Chefredakteuren sei, „ein bisschen mehr zu kämpfen, als sie es in der Vergangenheit getan haben“.

Kurz danach verpflichtete die *New York Times* Baquet und machte ihn erst zum Chef ihres Washingtoner Büros und dann zum Managing Editor, also zu dem Mann, der unter Chefredakteurin Jill Abramson für das tägliche Geschäft in der Redaktion zuständig war. An diesem Mittwoch nun wurde Baquet, 57, völlig überraschend zum Chefredakteur der *Times* ernannt – als Nachfolger von Abramson und erster Afroamerikaner in der 162-jährigen Geschichte des Blattes. Der abrupte Wechsel ist ungewöhnlich, auch für New Yorker Verhältnisse. Verleger Arthur Sulzberger feuerte Amtsinhaber Jill Abramson nur zweieinhalb Jahre nach ihrer Ernennung. Dabei ließ er keinen Zweifel daran aufkommen, dass es sich um eine Entlassung und keine Trennung in beiderseitigem Einvernehmen handelte. Es habe „Probleme mit dem Redaktionsmanagement“ gegeben, sagte Sulzberger. Die *Times* berichtete über den Vorgang in eigener Sache bemerkenswert offen und ausführlich. Zwischen Abramson und Sulzberger hätten sich „Spannungen“ aufgebaut, heißt es in dem

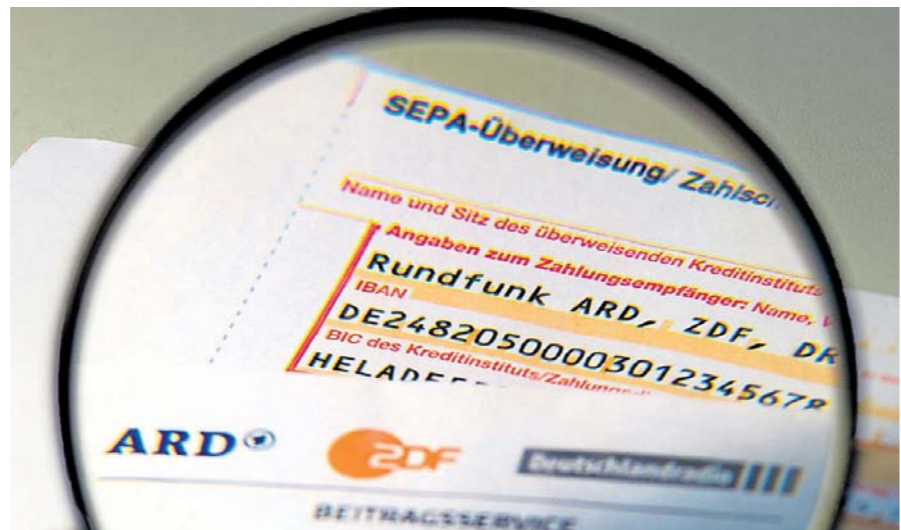
Bericht, Mitarbeiter hätten darüber geklagt, die Chefin sei „polarisierend und launisch“. Zum endgültigen Krach kam es wohl, als Abramson versuchte, Janine Gibson, die wegen der Enthüllungen über die Praktiken der NSA hoch angesehene Nordamerika-Chefin des britischen *Guardian*, zur *Times* zu holen und als gleichberechtigte Stellvertreterin neben Baquet zu installieren.



Dean Baquet, 57, folgt Jill Abramson an der Redaktions Spitze der New York Times nach – als erster Afroamerikaner in der 162-jährigen Geschichte des Blattes. FOTO: REUTERS

Der neue Chefredakteur versprach seinen Kollegen als Erstes einen neuen Führungsstil: „Ich werde genau zuhören, ich werde anpacken, ich werde mich engagieren, ich werde präsent sein“, erklärte er in seiner ersten Ansprache als Chef.

Baquet wurde in New Orleans geboren, wo seine Eltern ein Restaurant betrieben. Er begann seine Karriere mit einem Praktikum bei der Regionalzeitung *The Times-Picayune* – nicht aus Leidenschaft für den Journalismus, wie er später bekannte, sondern weil er einen Job brauchte. Erst danach habe er sich in den Beruf verliebt. Im Jahr 1988 wurde er mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichnet für seine in der *Chicago Tribune* erschienenen Berichte über einen Korruptionsskandal in Chicago. NIKOLAUS PIPER



Zahlen bitte: Die Rundfunkabgabe ist auch in Bayern rechtens. FOTO: DPA